

Dr. Gerhard Wegener, Stadtdirektor a. D.

Bericht zu zwei Gesprächsrunden der

Fachtagung

Chancengleichheit durch Stadtentwicklung

am 6. September 2001 in Castrop-Rauxel

Geschlechter- und Generationengerechtigkeit sind und werden auch weiterhin aktuelle gesellschaftspolitische Forderungen sein. Das Zentrum Frau in Beruf und Technik in Stadt Castrop-Rauxel hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund diese Fachtagung vorbereitet, organisiert und durchgeführt. Frau Dr.-Ing. Ulrike Reutter vom Institut und ich moderierten die Tagung. Etwa hundert Teilnehmer, zum größten Teil weiblich, hatten einen Tag lang Gelegenheit, sich mit dieser spannenden Fragestellung zu befassen. Es ging uns darum, in einer möglichst entspannten Atmosphäre Erkenntnisse und Erfahrungen zur Geschlechtergerechtigkeit zu verbreiten und verbreitern.

Um nicht ins Allgemeine abzugleiten, wurde das Fachthema Stadtentwicklung gewählt. Zugleich aber erfasst diese Thematik die ganze Vielfalt menschlicher Existenz. In der Stadt zeigt sich die Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungen wie in einem Brennglas. Die fachlichen Vorerfahrungen des Moderationsteams boten gute Voraussetzungen für ein Gelingen des Vorhabens, aber auch die Zusammensetzung der Beteiligten insgesamt, die Zuhörerschaft wie die Gruppen auf dem Podium.

Einstimmungsbegrüßungen und Vorreferate bereiteten den Weg vor, über zwei Gruppendiskussionen, Handlungsempfehlungen zu finden, die für den größten Teil des Auditoriums umsetzungsrelevant waren.

Das Gesamtkonzept für die Tagung bestand darin, in einem ersten Gesprächskreis die theoretischen Grundlagen des Gender Mainstreaming zu erarbeiten. Von der Sprachbedeutung her besagt der Begriff die Hauptströmung der Geschlechterperspektive. Gender bedeutet im Englischen eben nicht das biologische Geschlecht, sondern die gesellschaftliche, soziale Konstruktion von Geschlecht.

Der zweite Gesprächskreis sollte verstärkt dem Austausch von Praxiserfahrungen dienen.

Das Thema der Tagung ist weiterhin aktuell. Es wird akzentuiert durch die demographische Entwicklung. Unsere Städte werden leerer. Es zeigen sich darin Chancen und Risiken. Unsere Gesellschaft wird älter. Auch das hat Vor- und Nachteile. Die Lebensverhältnisse bleiben unterschiedlich, wie die Geschlechter auch. Ältere Frauen „bleiben über“.

Gesprächsrunde 1

Teilnehmerinnen: Prof. Dr. Ruth Becker, Eva Keil, Doris Reich, Gisela Vollmer, Dr. Brigitte Wotha

Den Einstieg in eine möglichst lebendige, originäre Diskussion bot der Hinweis auf die Auswirkungen der Wissens- und Informationsgesellschaft und auf die Folgen des Verhältnisses von Bergbau und Städtebau für das Ruhrgebiet hin. Worin äußere sich hierbei die Geschlechterfrage und was sei neu am Gender Mainstreaming, wurde gefragt.

In den Antworten und Diskussionsbeiträgen wurde auf Gender Planning mit überwundenen überlieferten Traditionen, intensiver Beteiligung und offener Planung hingewiesen. Eine neue Planungsphilosophie sei nötig. Vom herkömmlichen Wohnumfeld müsse man zum Alltagsumfeld gelangen. Auch die Wiener Planungserfahrungen vermittelten, wie wichtig es sei, zu einem neuen Planungsverständnis zu kommen. Planerische Allmächtsphantasien sollten aufgegeben werden. Umsetzung von Planungen, d.h. der Prozess selber, wird wichtiger. Juristische Bedingungen und ökonomische Kalkulationen gehörten zusammen.

Von der wissenschaftlichen Seite kamen dann die ersten Versuche von Begriffsklärungen. Es wurde insgesamt klar, dass eine eindeutige Abgrenzung zwischen Erarbeitung theoretischer Grundlagen und Vermittlung von Praxiserfahrungen weder möglich noch nützlich war. Beides greift ineinander und beeinflusst sich wechselseitig.

Frauengerechte Planung solle Hierarchien und Interessen an Raumnutzung verändern. Stadtentwicklung sei Aushandeln von Konflikten. Gender Mainstreaming beziehe sich darauf, Geschlechterinteressen auszuhandeln und Geschlechterrollen zu verändern. Vom hoheitlichen Planungsgedanken solle man sich verabschieden. Kommunikative Planung könne den besonderen Fähigkeiten der Frauen entsprechen. Forderungen nach Gleichstellung müsse es weiterhin geben.

Es ging dann in der Diskussion um das zahlenmäßige Verhältnis von Frauen und Männern im Städtebau und in der Landschaftsplanung sowie in der Wissenschaft und in Führungspositionen schlechthin. Frauen sind weiterhin unterrepräsentiert. In einigen Bereichen gibt es Verbesserungen. Es wurde klar, dass die Geschlechter am besten zusammen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten sollten. Gender Mainstreaming in der Förderungspolitik der Europäischen Union bedeutet eine Doppelstrategie, die auch gezielte Projekte zugunsten von Frauen ermöglicht, um Nachteile auszugleichen.

Gender Mainstreaming und Gender Planning wurden als Verwaltungsprinzipien gesehen. Modellprojekte sollte es geben. Investoren müssten durch Gender Planning befriedigt werden. Effekte im Ruhrgebiet, insbesondere die der Internationalen Bausaustellung IBA seien Projekte zum Anfassen. Insgesamt hänge der Erfolg von Personen ab, die in der Verwaltungshierarchie von oben nach unten denken und durchsetzen.

Mehrfach kam der Hinweis auf die Verbindung von rechtlichen und ökonomischen Fragestellungen auf. Es ginge um das Verteilen von Ressourcen und Rechten. Inwieweit nun dadurch Stadtentwicklungsplanung oder die entsprechende Politik

tatsächlich mehr Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit schaffen würde, blieb letztlich offen. Wir versuchten durch eine Umkehrung weiter zu kommen. Was wäre, wenn wir den Produktionsprozess zum Produkt machten, wenn also die Stadtentwicklung das Ergebnis einer verstärkten Berücksichtigung der Geschlechterinteressen wäre.

Eindeutig feststellbar war durch die Diskussion geworden, dass Städtebau wie der anfänglich genannte Bergbau fast ausschließlich Männerangelegenheiten waren. Unsere Städte sind heute weitgehend von Männerinteressen geprägte Verweilorte.

Es wurde die Feststellung getroffen, dass durch Gender Mainstreaming falsche Planungsleitbilder vermieden werden können. Frauen sollten zu konstruktiven Beteiligungen an Planungsprozessen motiviert werden. Formale Beteiligung an der Normsetzung allein reicht nicht. Es geht bis zu konkreten sehr lokalen Qualitätsverbesserungen durch KonsumentInnenbefragungen zu Eingangssituationen, Hausnebenräumen und Wohnungsgrundrissen. Ähnlich wurde hinsichtlich der Verkehrsplanung argumentiert. Auch hier muss das Alltagsumfeld aus der Sicht von Frauen geplant. Es geht um Sicherheit im öffentlichen Raum. Es wurde untersucht, wann Frauen nicht mehr auf die Straße gehen, welche Umwege sie machen und wie viel Zeit sie brauchen. In der Schweiz werden bis zum Jahr 2005 etwa 600 Bahnhöfe in diesem Sinne renoviert und umgestaltet. Was aber nun ist das Ziel und was sind die Wege dahin?

Wir waren mit dem didaktischen Versuch der Umkehrung zur Erkenntnis gelangt, dass Gender Planning sowie Gender Mainstreaming und Stadtentwicklung sich gegenseitig beeinflussen müssten. Geschlechterfragen spielen für die Entwicklung unserer Städte eine große Rolle. Das sollte in der zweiten Gesprächsrunde aus mehr praktischer Sicht vertieft werden.

Gesprächsrunde 2

Es nahmen teil: Johann Dieckmann, Dirk Kasten, Gudrun Keßler-Wiedeck, Ingrid Kremer, Helga Sander, Prof. Dr. Barbara Zibell

Unter Hinweis auf die nun geschlechtergemischt zusammengesetzte Runde sollte es nun vor allem um die Umsetzung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in der Stadtentwicklung gehen. Beispiele aus Hagen und Wuppertal standen im Vordergrund. In Hagen führte die Suche nach frauengerechterer Planung zu Irritationen besonders in der männlich geprägten Politik. Trotzdem erfolgten finanzielle Förderungen. Es gab einen Verteilungskampf um diese Mittel und einen Wettbewerb um Qualität. Wo aber blieb der Erfolg? Was ist eigentlich Geschlechtergerechtigkeit?

Frauengerechte Planung allein reicht nicht mehr. Auf der anderen Seite gerät die Beteiligung der kommunalen und wirtschaftlichen Gleichstellungsbeauftragten zu oft zum Alibi. Die konstruktive Beteiligung der Frauen an der Planung ist aber immer noch nicht gewährleistet, obwohl Frauen besonders auf die Ausgestaltung der Stadtteile mit Infrastruktur angewiesen sind. Die Diskussionsprozesse über das Engagement der Frauen müsste das Stadtteilbewusstsein verändern. Die Frauen würden zum neuen Machtfaktor. Von männlicher Seite wurde die Forderung erhoben, um Gender Mainstreaming umzusetzen, müssten entsprechende Planungsstandards im Sinne von Prozessqualität verbindlich vereinbart werden. Unter Hinweisen auf die

zurückgehenden Bevölkerungszahlen in den Städten und die Veränderungen des Wohnungsmarktes wurden auch Chancen für eine bessere Umsetzung von Zielen des Gender Mainstreaming gesehen.

Aus Wuppertal wurde über eine Checkliste zur Sozialverträglichkeitsprüfung berichtet. Auch Geschlechterinteressen sollen dadurch in der planerischen Abwägung besser als bisher berücksichtigt werden. Die Checkliste soll im Planungsprozess und in der Durchführung angewendet werden. Insgesamt geht es um einen ganzheitlichen Ansatz. In der Planungsorganisation ist in Wuppertal eine fast paritätische Zusammensetzung hinsichtlich der Geschlechter zu vermerken. Allerdings kommen die Frauen aus den sozialen, die Männer aus den mehr technischen Bereichen.

Die Erfindung der Checkliste war in Wuppertal nicht etwa ein Ergebnis eines Gender Planningsprozesses. Es war wohl mehr Einsicht in eine politische Notwendigkeit, Geschlechterbelange, also Geschlechtergerechtigkeit verstärkt berücksichtigen zu müssen.

Es hatte auch wenig mit einer „Frauerverträglichkeitsprüfung“ zu tun. Dieser fragwürdige Begriff wurde in der weiteren Diskussion behandelt. In der Wissenschaft verwendet, war man in der Gesprächsrunde weitgehend einig, dass ein Gender-Audit entsprechend dem Öko-Audit erfolversprechender wäre als eine wie auch immer ausgestaltete Frauerverträglichkeitsprüfung entsprechend der nun sehr verbreiteten Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Funktion des Audit wurde dahingehend erklärt, dass bestimmte Qualitätskriterien dauerhaft in Verfahren und Produkte eingeführt werden sollten. Die Prüfung der Geschlechtergerechtigkeit sollte als freiwillige Maßnahme in allen Prozessen, Projekten und Verfahren einbezogen werden, wurde gefordert. Voraussetzung wäre allerdings, dass es sich um lernwillige Organisationen handelte.

So ergab sich wieder ein Spannungsbogen zur Informations- und Wissensgesellschaft und zur damit zusammenhängenden Konkurrenz virtueller und wirklicher Welten. Zugleich aber ging es in den Beispielen um konkrete Lebenszusammenhänge und Gebrauchswerte vor Ort. Männliches Denken herrsche vor. Die starken traditionellen Qualitäten der Frauen sollten verstärkt einbezogen werden. Die Entwicklung zur Kommunikationsgesellschaft sei dafür eine Chance. Gender Mainstreaming böte Chancen für regelmäßige und selbstverständliche Diskussionen in diese Richtung. Man müsse zuhören lernen und andere Interessen einbeziehen. Ethische Forderungen seien zu wenig. Geschlechtergerechtigkeit müsse als notwendig gesehen werden.

Aus der Planungspraxis zeigte sich aus weiblicher Sicht eine Skepsis gegenüber systematischen Abfragen. Die Ziele frauengerechter Planung seien weitgehend klar. An der Umsetzung mangle es. Die quantitativen Verhältnisse hätten sich verändert. So seien im Planungsamt von Mülheim schon mehr Frauen beschäftigt als Männer.

Auch in Münster gäbe es „Abfragemodelle“ nicht. Zwischen beteiligten Ämtern würden Kooperationsvereinbarungen getroffen. Das sei wichtig, um ins Gespräch zu kommen. Möglichst frühzeitig seien Fraueninteressen einzubringen. Die Vereinbarungen seien dazu dienlich.

Insgesamt wurden durch diese Diskussion unterschiedliche Positionen deutlich. Einerseits sei ein Abfrageinstrument wie in Wuppertal durchaus der Geschlechterproblematik in der Stadtentwicklung dienlich, andererseits könne mit flexiblen Vereinbarungen und persönlichem Einsatz mehr erreicht werden. Finanzielle Förderung und Umsetzungsprobleme stünden im Vordergrund.

Bei der Vertiefung dieser Problematik ergab sich, dass eine bloße Abhakung von Frauenbelangen nicht der richtige Weg sein kann. Es muss für alle Nutzergruppen abwägend geplant werden. Dazu gehören die Geschlechter wie die Altersgruppen.

Konsens ergab sich, dass Vereinbarungen zwischen den Beteiligten im Planungsprozess dann nützlich sind, wenn dadurch abzuwägende Belange möglichst frühzeitig berücksichtigt werden können. Auf die Methodik könne man sich verständigen. Initiativen dürfe man nicht überfordern. Verfahrensqualität wirke sich aber auf das Ergebnis der Planung aus.

Aus Hagen kam der Hinweis, besondere Methoden der Beteiligung seien zu erproben. Nur so könne man Bedürfnisse erkunden. Das ehrenamtliche Element sei durch Serviceleistungen der Verwaltung zu stärken. Folgekosten von Planungsentscheidungen seien zu beachten. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse seien in der Regel von unten nach oben zu betreiben. Auch Bürgerbeteiligung dürfe nur einen vertretbaren Aufwand haben.

Diese pragmatischen praktischen Hinweise fanden Zustimmung. Das, was Frauen dient, muss allen dienen. Das gelte auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Wenn dort Frauen- und Umweltbelange berücksichtigt werden, diene das auch der Gemeinschaft schlechthin. Moderationsverfahren dafür seien wichtig und nützlich.

Diskussion mit dem Publikum

Das sachkundige Auditorium sollte nun einbezogen werden. Am Beispiel der Abwägungsklausel und der kaum noch zu unterscheidenden öffentlichen und privaten Belange wurde eine Geschlechterinteressenabwägung angesprochen. Dieses Wortungetüm macht die Komplexität des angesprochenen Themas deutlich.

In der Diskussion wurde die Abwägung als politischer Prozess bezeichnet. Nach der kinderfreundlichen Stadt müsste nächstens eine frauenfreundliche Stadt angestrebt werden. Was heißt aber freundlich? Es müssen Belange wahrgenommen werden, auf die ein Recht besteht. Ökologische und ökonomische Folgewirkungen müssen bedacht werden, auf Frauen und Männer.

Andererseits wurden zu geringe Kenntnisse allgemein für den planerischen Abwägungsprozess beklagt. Eine Liste von Abwägungsbelangen und konkrete Kriterien für die Projekte einer Stadt in der Bauleitplanung, im Gartenbaubereich, im Tiefbau, Straßenverkehr, Parkplanung, insgesamt aber auf der Stadt-, Landes- und Bundesebene sollten vorgegeben sein, wurde gefordert. Zugleich wurde dabei die Gefahr gesehen, dass nur abgehakt wird. Personen seien wichtig. Wieder wurde auf die Ungeklärtheit der Begriffe verwiesen. Die Gefahr der Standardisierung wurde aufgezeigt.

Die Diskussion führte weiterhin zu Fragen der Globalisierung und Europäisierung der Verteilung von Geldern. Es war einsichtig, dass auch das zur Abwägung gehört.

Das Verhältnis von Ressourcen und Instrumenten wurde angesprochen. Ein härter werdender Wettbewerb wurde konstatiert. Die Rollen von Frauenbeauftragten, Beiräten und Regionalstellen wurden behandelt. Die These geschlechtsneutraler Projekte wurde hinterfragt, insbesondere auf Infrastrukturprojekte, Altlastensanierungen und Wirtschaftsförderungen bezogen.

Der so recht praktisch behandelte methodisch-instrumentelle Charakter von Gender Planning und Gender Mainstreaming führte zu der Forderung, ergänzend zur Verwirklichung der Chancengleichheit durch Frauengleichstellungsbeauftragte diese neuen Instrumente an der Verwaltungsspitze anzusiedeln. Auch sollte dadurch eine Machtverschiebung zugunsten der Frauen erfolgen. Mehr Entscheidungskompetenz bedeute mehr Macht. Zugleich wurde von dieser Seite eine durch Gender Planning betriebene frauengerechte Planung als eine allen Altersgruppen gerecht werdende Planung bezeichnet. Frauenplanung sollte aus der Nische eines Exotendaseins herausgeführt werden. Es müsse insgesamt eine menschenfreundliche Planung geben.

Von der wissenschaftlichen Seite wurde ergänzend darauf verwiesen, wie wichtig die Priorisierung sei.

Der Sinn einer gerechten Abwägung kann nur sein, zu einer gerechten Entscheidung zu gelangen. Diese setzt trotz aller Ausgleichsversuche meist ein Vor- oder Zurücksetzen von Belangen, also eine Prioritätensetzung voraus.

Der Diskussionsbeitrag zeigte folgendes auf : Zwar könne man oder müsse sogar bei jeder Haushaltsentscheidung die Frage der Geschlechter stellen, aber es ginge nicht darum, Männlichkeit und Weiblichkeit zu stabilisieren. Auch sollten nicht etwa männliche und weibliche Interessen definiert werden. Die durchgehende Vergeschlechtlichung, die Männern und Frauen bestimmte Rollen zuschreibe, müsse aufgelöst werden.

Als Beispiel wurde die geplante Überbauung des Dortmunder Hauptbahnhofs genannt. Folge wäre ein Niedergang des Einzelhandels. Das habe Auswirkungen auf die Frauenarbeitsplätze. Das wirke sich wieder auf die wohnortnahe Versorgung und den gesamten Alltag aus. Wenn Gendergesichtspunkte bei derartigen Milliardeninvestitionen nicht oder zu spät berücksichtigt werden, bleibt es bei kleinen unwesentlichen Korrekturen und Ergänzungen wie Unter- oder Überführungen. Gender Mainstreaming sollte die Macht so verteilen, dass es keine Konflikte bei der Frage der Instrumente und der Beteiligungsverfahren mehr gäbe.

Fortsetzung des Podiumsgesprächs

Es wurde nun nochmals versucht, Handlungsempfehlungen herauszuarbeiten.

Aus Wissenschaft und Praxis gleichermaßen kam die Forderung nach einer Machtveränderung. Verträglichkeitsprüfungen allein reichten nicht aus. Die einseitige

Dominanz der Männer in Führungspositionen wurde kritisiert. Besonders darin wurde Änderungsbedarf gesehen.

Wichtiger als das bürokratische Abhandeln von Punkten und Kriterien in Checklisten sei engagiertes Personal. Personen stünden für die Dinge und insbesondere Frauen stehen für die Frauen betreffenden Planungen ein. Geschlechterspezifische Kosten sollten nicht ausgewiesen werden. Die Frauen sollten in die entscheidenden Gremien. Dort müssten Antworten gefunden werden auf die Fragen: Wem nutzt das? Wer soll das machen? Dann sollte man ausweisen, wer diese Interessen einbringen kann und wie viel Gelder einer Kommune dafür verwandt werden.

Besonders nachdenkenswert war die Aussage aus der Praxis, dass nicht immer ein zahlenmäßig ausgeglichenes Geschlechterverhältnis eine Garantie für Geschlechtergerechtigkeit sei. Hier stellte sich die Frage des Verhältnisses von Quantität und Qualität. Dennoch sei es ein Unterschied, ob in technischen Ämtern nur Männer agieren oder ob ein Großteil Frauen aktiv sind.

Auch bei diesem Stand der Diskussion zeigte sich, dass es insgesamt mehr Fragen gab als eindeutige Antworten. So ging es um das Ressourcenproblem. Es bedarf Geld und Zeit. Darum gibt es einen Verteilungskampf. Frauen engagieren sich gerne ehrenamtlich. Wie passt das zusammen?

Es wurde Einigkeit erzielt, dass ein breiteres Interesse und eine breitere Betroffenheit für die Geschlechterprobleme erzeugt werden muss.

Aus männlicher Sicht kam die Meinung, dass jede Kommune unter Berücksichtigung der handelnden Personen die Veränderung der Machtverhältnisse bestimmen sollte, um ihre soziale Wirklichkeit planen zu können und vernünftig für die Zukunft zu organisieren. Es läge in der Natur der Sache, dass die Rahmenbedingungen in Wien anders seien als in Mülheim oder in Wuppertal. Viele Wege könnten dazu führen, über Diskussionsprozesse die Wertvorstellungen in den Köpfen zu verändern. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse seien immer von unten nach oben entwickelt worden.

Für die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist dies sicherlich der richtige Weg. Nur die Entscheidung, Gender Mainstreaming umsetzen zu wollen, muss oben getroffen werden.

Handlungsempfehlungen

Handlungsempfehlungen ergaben sich an diesem Punkt der Diskussion jedenfalls vielfältig. Bürgerbeteiligung müsse nicht besonders finanziert werden. Als Dienstleistung müsse die Stadt mit vertretbarem Aufwand dafür sorgen, dass alle interessierten Gruppen beteiligt werden. Man müsse die Menschen aufsuchen, Umfragen machen, Bedürfnisse abfragen und in Planung umsetzen. Die Politik muss sensibel gemacht werden. Die Verwaltung sollte das ehrenamtliche Element durch Serviceleistungen stärken. Man könne Qualitätskriterien für die Planungsprozesse vereinbaren. Alle diese Gesichtspunkte wären der Geschlechtergerechtigkeit dienlich.

In der Folge wurde die Entwicklung zur Geschlechtergerechtigkeit in der überörtlichen Politik und in der Forschung behandelt. Frauenbedürfnisse tauchten in den Stadterneuerungsrichtlinien bereits 1998 auf. Öffentlichkeitsarbeit wurde propagiert. Das Ministerium hatte ein Beratungsgremium, das sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzte. Ein paar Männer wären nicht schlecht, wurde gesagt. Es sollten kompetente Entscheidungsträger sein. Auf wirksame Öffentlichkeitsarbeit wurde abgestellt.

Die Forschung habe zum Thema vieles beigetragen: Leitfäden, Publikationen, Dissertationen, Diplomarbeiten und Broschüren. Dieses Wissen sei aber nicht Allgemeingut geworden. Anfang der 90er Jahre sei die Situation günstiger als heute gewesen. Die Kompetenzklarheit Bundessituation sei aufgehoben. Verkehr wird für wichtiger gehalten als Raumordnung und Raumplanung. Der heutigen Forschung fehlten die Ressourcen, insbesondere Geld und Personal. Formal habe man einiges erreicht. Es gäbe einschlägige, weiblich besetzte Professuren. Sie gerieten aber ohne Ressourcen ins Forschungsabseits.

Minister wie Ministerinnen führten das Wort Gender Mainstreaming häufig im Munde, aber das Thema wurde nie Mainstreaming, also Hauptsache, Schwerpunkt, Priorität.

Aus „übergeordneter Sicht“ wurde ein Förderprogrammcontrolling, ein qualitatives Controlling für Fragen des Gender Mainstreaming angeregt. Dadurch entstand ein Stück Hoffnung, insbesondere im Rahmen der neuen Steuerungsmodelle den Problemen der Chancengleichheit und der Geschlechtergerechtigkeit besser als bisher gerecht werden zu können. Die Diskussion dieser Fragestellungen sei wichtig und es müsse Multiplikatoren dafür geben. Das hatte diese Veranstaltung gewiss erreicht.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Gleichwertigkeit der Geschlechter stand im Vordergrund, nicht die Gleichheit. Gleichheit kostet immer Freiheit. Chancengleichheit und Gleichwertigkeit können Gerechtigkeit zwischen den Menschen schaffen. Die sozialen und biologischen Komponenten greifen ineinander.

Quantität der Beteiligung und Führungsquoten können in Qualität umschlagen.

Stadtentwicklung muss Chancengleichheit produzieren. Diese bietet zugleich eine Chance einer neuen Qualität der Stadt.

Als Zukunftsvision mag gelten:

Die bisherige von Männern dominierte Stadt sollte mehr weibliche Qualitäten erhalten. Die Stadt könnte dadurch menschlicher werden. Es gilt heute noch und ist vielleicht sogar heute nach dem Jahrhundert des Kampfes der Geschlechter nach Aussagen von Max Frisch besonders aktuell, was der Psychoanalytiker und Sozialpsychologe Horst-Eberhard Richter 1978 schrieb:

Wir haben ... eine weitgehend "männliche" d.h. nüchtern technisierte, kommunikationsfeindliche Arbeitswelt und überwiegend eine entseelte Betonkasten-Wohnwelt in unseren Städten geschaffen. Eben weil die unterjochten Frauen daran

gehindert worden sind, das an sie separat abgetretene „weibliche“ Element von Menschlichkeit in der gesellschaftlichen Realität durchzusetzen, haben wir jetzt allenthalben die Unmenschlichkeit der Arbeitsplätzegestaltung und der Arbeitsorganisation, der Stadt- und Landschaftsplanung usw. zu beklagen. Was wir vermissen, sind doch in erster Linie als weiblich geltende Merkmale wie Wärme, schlichtes menschliches Maß, Liebenswürdigekeit, Kommunikationsfreundlichkeit.
Quelle: Brich auf ins Licht, Jahresgabe 1988 der Hoesch AG S.257 ff S.260

Eine totale Gleichheit wird zwischen den Geschlechtern wie zwischen den Generationen wie bei den Lebensverhältnissen nicht erreichbar sein. Wir sollten lernen, die Vielfalt des Lebens zu schätzen. Gleichberechtigung lässt sich am ehesten rechtlich durchsetzen. Gleichwertigkeit ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. Selbst wenn man es nie ganz erreicht, lohnt die Mühe, diesem Ziel nahe zu kommen. Lebenschancen müssen für alle Menschen gleichermaßen geschaffen werden.

Die Arbeit an dieser Chancengleichheit muss weitergehen.